Anlage 201 „Ausschlussgründe“

Diese Anlage ist von dem Bewerber / jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft sowie von jedem Drittunternehmen, auf deren Kapazitäten (Eignung) sich der Bewerber / die Bewerbergemeinschaft beruft (sog. „eignungsverleihender Unterauftragnehmer“) jeweils auszufüllen. In diesem Fall ist diese Anlage mehrfach auszufüllen.

Der **Bewerber /** das **vertretungsberechtigte Mitglied der Bewerbergemeinschaft** hat diese Anlage ausgefüllt als Bestandteil des Teilnahmeantrags einzureichen.

Dem Bieter / vertretungsberechtigten Mitglied der Bietergemeinschaft wird es freigestellt, bereits bei Abgabe seines Angebots diese **Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den (reinen) Unterauftragnehmer** einzureichen. Die Einreichung der Anlage 201 „Ausschlussgründe“ für den (reinen) Unterauftragnehmer bei Abgabe des Angebots ist keine verbindliche Vorgabe.

(*Bitte [eckige Klammern] ausfüllen und ☐ Zutreffendes bitte ankreuzen*)

[……] [……] [……] [……] [……] [……] [……] [……]
Vollständiger Name (Firma) und Adresse des Unternehmens

Ich bin Wirtschaftsteilnehmer und beteilige mich in dem gegenständlichen Vergabeverfahren als

☐ Bewerber
[soweit relevant]: ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
[soweit relevant]: ☐ Eignungsverleihender Unterauftragnehmer – sog. Wirtschaftsteilnehmer, auf dessen Kapazitäten sich der Bewerber bzw. die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis seiner / ihrer Leistungsfähigkeit beruft (sog. Eignungsleihe)
[freiwillig]:

☐ Reiner Unterauftragnehmer

Der Wirtschaftsteilnehmer erklärt

entweder

☐ dass

- keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt, oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) rechtskräftig festgesetzt worden ist, jeweils wegen einer Straftat nach:

    - § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),

    - § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,

    - § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche),

    - § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

    - § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

    - § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen),

    - § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) oder § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),

- den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),

- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder

- den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).

- das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung nachgekommen ist (§ 123 Abs. 4 GWB).

- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, bei der Ausführung öffentlicher Aufträge gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

- das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse nicht abgelehnt worden ist, und sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

- kein öffentlicher Auftraggeber auf geeignete Weise nachweisen kann, dass das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,

- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

- kein Interessenskonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,

- keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,

- das Unternehmen bei der Erfüllung einer wesentlichen Anforderung im Rahmen eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erhebliche oder fortdauernde Mängel erkennen lassen hat, die die Erklärung einer vorzeitigen Beendigung dieses früheren Auftrags, die Forderung nach Schadensersatz oder andere vergleichbare Rechtsfolgen nach sich gezogen haben,

- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,

- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist,

    - versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

    - versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

    - fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Fakultativer Ausschlussgrund des § 20 ÖkodesignG:

- weder das Unternehmen noch eine Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig wegen eines Verstoßes nach § 18 Abs. 1 oder § 18 Abs. 2 Nr. 5 oder 6 oder § 19 Abs. 1 oder 2 des Gesetzes über die umweltgerechte Gestaltung von Produkten (Ökodesign-Gesetz – ÖkodesignG) mit einer Geldbuße von wenigstens siebentausendfünfhundert Euro (7.500,- Euro) belegt worden ist (§ 20 Abs. 1 Satz 1 ÖkodesignG).

oder

☐ dass eine oder mehrere der oben aufgeführten Ausschlussgründe grundsätzlich erfüllt sind.

In diesem Fall hat das Unternehmen diejenigen Ausschlussgründe konkret zu benennen und außerdem Gründe darzulegen (wie beispielsweise Darlegung einer abgegebenen Verpflichtung

zur Nachzahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen oder Darlegung von Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB), warum er dennoch als geeignet anzusehen ist.

Folgende Ausschlussgründe sind grundsätzlich gegeben:

[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]
[..]

Aus folgenden Gründen sind wir dennoch als geeignet anzusehen:

[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]
[……………………………………………………………………………]

[…………………………………] […………………………………]	[…………………………………] […………………………………]	[…………………………………] […………………………………]

[……]	[……]	[……]
Ort	**Datum**	**Name des erklärenden Unternehmens in Druckbuchstaben**